



Interviews

Datum: 17. Dezember 2023

Jürgen Trittin, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Geuther: Das Interview der Woche mit Gudula Geuther am Mikrofon und mit Jürgen Trittin, dem ehemaligen und ersten grünen Bundesumweltminister, dem derzeitigen außenpolitischen Sprecher und einer der bisher tonangebenden Stimmen der Grünen-Fraktion, der den Bundestag verlässt, der gestern – wir zeichnen am Freitag auf – seine letzte Rede dort gehalten hat. 539 sollen es insgesamt gewesen sein in 25 Jahren. Das wird vielleicht einmal Gegenstand eines Zeitzeugengesprächs sein. Wir wollen heute noch mal aufs Aktuelle schauen und das heißt in diesen Tagen: auch auf den Haushalt. Die Ampel aus SPD, Grünen und FDP hat sich nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts neu aufgestellt für das kommende Jahr. Ist das eine gute Basis für die zweite Halbzeit der Regierung?

Trittin: Ich finde, dass wir aus einer schwierigen Situation, in die wir ja durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts geraten sind, dass Staatsschulden nicht mehr in langfristigen Sondervermögen gehalten werden konnten, sondern jahresspezifisch runtergerechnet werden müssen, einen Konsolidierungsbedarf von 17 Milliarden im Haushalt hatten und wahrscheinlich insgesamt 30 Milliarden, wenn ich die Sondervermögen hinzunehme. Und dafür haben wir eine gute Lösung gefunden.

Geuther: Die Grünen haben Zugeständnisse bei ganz zentralen Anliegen machen müssen – bei der E-Auto-Förderung, wichtiger vielleicht beim Wiederaufbau einer deutschen Solarwirtschaft. Dem höheren CO₂-Preis wird wohl kein Klimageld gegenüberstehen, was für die Grünen immer zusammengehören sollte. Wie viel Kontur bleibt den Grünen in dieser Regierung?

Trittin: Wir haben fast alles im Klima- und Transformationsfonds retten können. Das sind die Investitionen, die wir brauchen, um Deutschland zu dekarbonisieren. Und das war einer der Kernpunkte, worauf wir uns in diesen Verhandlungen schon vorher verständigt hatten – kein Abbau des Sozialstaates, kein Ende der Zukunftsinvestitionen. Und dann war der Rest zu erwirtschaften. Das war für alle drei Parteien nicht einfach. Wir haben in diesen Bereichen Zugeständnisse gemacht und auf der anderen Seite aber auch sichergestellt, dass beispielsweise von einem höheren CO₂-

Preis insbesondere Geringverdiener nicht schlechter belegt werden. Deswegen haben wir die EEG-Umlage reduziert bzw. in Steuern übernommen. Das macht sechs Milliarden Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger. Deswegen haben wir jetzt ein höheres steuerfreies Existenzminimum eingeführt, sodass ich der festen Überzeugung bin, dass aus den Mehrbelastungen, die sich ergeben über einen erhöhten CO2-Verbrauch, diese, wenn man denen ein Stück weit entgegensteuert, keine unnötigen finanziellen Belastungen insbesondere für die Geringverdiener werden.

Geuther: Wobei jenseits der Zahlen man ja sagen muss, das Klimageld war kein Selbstzweck. Das sollte ja das Symbol sein, das deutlich macht, Klimaschutz kostet, aber soziale Härten werden für jeden sichtbar aufgefangen.

Trittin: Das ist richtig, aber wir sind jetzt in einer Situation, wo wir diesen Haushalt über die Bühne bringen müssen. Wenn wir weiter Investitionen im Lande halten wollen und wenn wir all diejenigen, die von solchen Mitteln abhängig sind – das sind Unternehmen, das sind Einzelhaushalte, das sind zum Teil aber auch Initiativen, kleine Firmen –, dass wir dieses regeln müssen. Und da wird es dann schwierig, ein so neues Modell auf den Weg zu bringen wie das Klimageld. Deswegen war der Weg über die EEG-Umlage und über ein höheres steuerfreies Existenzminimum nicht so klar, nicht so symbolisch, aber eben schnell wirksam.

Geuther: Um mal von Haushalt und Finanzen wegzukommen. Das ist ja nicht das einzige Feld, wo die Grünen Zugeständnisse machen müssen in dieser Regierung. Bei der Fluchtmigration machen die Grünen Verschärfungen mit, die sie früher bekämpft haben.

Trittin: Wir sind in einer Situation, wo rings um uns herum in Ländern Wahlen damit gewonnen werden, dass alle Flüchtlinge nach Deutschland geschickt werden. Das tut die dänische Sozialdemokratie. Damit hat Herr Wilders in den Niederlanden gewonnen. Er hat es wörtlich gesagt: Die sollen alle in Deutschland bleiben. Und in dieser Situation stehen unsere Gemeinden unter einem erheblichen Druck. Deswegen haben wir eine klare Priorität. Wir wollen, dass dieses europäisch geregelt wird, dass dieses Spiel, jeder entlastet sich zugunsten eines anderen in Europa, aufhört. Und deswegen sind wir auch schmerzliche Wege eingegangen, beispielsweise in dem Kompromiss für eine gemeinsame Asylpolitik, die ab Montag in Brüssel erneut zwischen dem Rat und der Kommission und dem Parlament, also zwischen Rat und Parlament unter Mitwirkung der Kommission, so ist das ja im Trilog, verhandelt wird. Und wir setzen sehr darauf, dass es dort zu einer Regelung kommt, weil damit diese ganzen nationalen Maßnahmen, die da immer kommen, ihre Bedeutung ein Stück weit verlieren, weil wir die Dinge besser und gerechter europäisch regeln.

Geuther: Diese nationalen Maßnahmen, um die ging es ja vor allem im November, wo ein Parteitag vor allem deshalb keine roten Linien aufgestellt hat, weil das die Regierungsfähigkeit hätte infrage stellen können, der Grünen. Kann man mit dem Argument die Seele der Partei plattmachen?

Trittin: Nein. Ich glaube auch nicht, dass die Seele der Partei ... die ist sehr lebendig. Ich halte es für klug, aus eigenen Verhandlungserfahrungen, nicht öffentlich vorher rote Linien zu verkünden, denn das ist immer der Punkt jenseits von dem man dann verhandeln wird. Und deswegen habe ich großes Zutrauen in diejenigen, die das jetzt ausverhandeln. Und zum Ärger der Union und anderer hat man ja auch gesehen, dass unter anderem die Auseinandersetzung „wie regele ich künftig Abschiebung“ und Ähnliches nicht ganz so trivial sind, wie einige Ministerpräsidenten das geglaubt haben. Da muss man auch noch solche Dinge wie das Grundgesetz und die Genfer Konvention berücksichtigen. Und deswegen wird das jetzt zäh durchverhandelt. Das machen wir Grünen und insofern ist gar nicht unsere Seele das Problem, sondern ein Verhandlungsprozess, der natürlich konfliktreich ist.

Geuther: Wenn man diesen Parteitag verfolgt hat im November, reden Sie das nicht gerade schön? Das ging doch für viele ziemlich ans Eingemachte.

Trittin: Ich habe den Eindruck gehabt, dass wir eigentlich einen großen Konsens hatten. Der Eindruck dieses Konsenses ist dadurch ein bisschen gestört worden, weil das, worauf sich weite Teile der Bundestagsfraktion – die überwiegende Mehrheit – mit den Vertretern der Regierung und der Parteiführung verständigt hatten, dann einem Teil derjenigen, die eher bei auch der Mehrheit der Fraktion wären, vielleicht noch nicht reichte und dann über den Antrag der Grünen Jugend abgestimmt wurde, der erwartungsgemäß verloren hat. Aber die Wahrheit ist, wenn man sich die Regelung ansieht, wie der Bundesvorstand das ursprünglich der Partei vorgeschlagen hatte und was dann dabei herausgekommen ist, hat es eine deutliche Verschiebung über den Parteitag gegeben. Und das ist durch die Abstimmung über den Grüne-Jugend-Antrag leider verlorengegangen.

Geuther: Und trotzdem, wenn man in die Partei Reinhört, gibt es Leute, die sagen, es gibt inzwischen keine deutlich hörbare Stimme mehr in der Opposition, die sich gegen Verschärfung im Asylrecht einsetzt und man könne möglicherweise für den gesellschaftlichen Diskurs sogar in der Opposition mehr erreichen als in einer Regierung, die zu solchen Kompromissen zwingt.

Trittin: Ich will mal darauf hinweisen, dass wenn die Grünen nicht an der Regierung wären, hätten wir heute ein ganz anderes System an dieser Stelle. Ich habe in der Fraktionssitzung der letzten Woche sehr deutlich gesagt, gerade, wenn man sieht, dass demokratische Institutionen unter Druck geraten, wo verteidigt man sie besser?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Hilflos meckernd auf den Bänken der Opposition oder in diesen Institutionen? Und für diesen Satz habe ich in der Fraktion sehr, sehr großen Beifall bekommen.

Geuther: Apropos meckern. Sie gehören zu den ganz wenigen in der Fraktion, die der Führung immer wieder deutlich kontra gegeben haben. Sei es bei Überlegungen zu neuen Brennstäben oder bei Robert Habecks Vorstellung zu einem Industrietrompreis. Den haben Sie „Unsinn“ genannt. Warum eigentlich? Warum ist der zahlenmäßig starke linke Flügel relativ wenig zu hören?

Trittin: Ich habe, glaube ich, nicht den Eindruck bei meiner Fraktionsführung hinterlassen, dass ich der Dissident von Haus aus bin. Ich habe meine eigene Meinung, aber zum Beispiel bei der Frage Beschaffung von Brennelementen haben die Fraktionsspitze und ich gemeinsam kooperiert und wir haben uns am Ende durchgesetzt. Und dass wir jetzt ein Modell haben, was den Industrietrompreis zusichert über die Strompreiskompensation, das erfüllt mich mit großer Freude, denn ich hatte nämlich genau das vorgeschlagen, weil die Strompreiskompensation so, wie sie ist, nämlich kein neues Notifizierungsverfahren bei der Europäischen Union braucht, sondern als eingeführtes Verfahren gleich wirksam werden kann. Also, gelegentlich hilft ja auch Kritik, gute Politik zu verbessern.

Geuther: Mir ging es gerade vor allem um die Art des Diskurses. Die Grünen waren da ja mal anders als heute. Die öffentliche Auseinandersetzung gehörte mal zum Profil. Vermissen Sie das eigentlich?

Trittin: Ich finde, dass wir gelegentlich Diskussionen auch über unterschiedliche Wege intern führen, stärkt und schwächt uns nicht.

Geuther: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Jürgen Trittin. Herr Trittin, ich hatte es eingangs angesprochen. Sie sind außenpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Nach dem Angriff der Hamas versucht Israel, die Terrororganisation im Gazastreifen vernichtend zu schlagen, mit Tausenden Opfern in der Zivilbevölkerung. Sie haben Israel vor dem Verlust internationaler Unterstützung gewarnt.

Trittin: Israel hat das Recht und ich würde sagen, aus der Sicht seiner Bürgerinnen und Bürger, übrigens auch dem Teil der Bürgerinnen und Bürger, die überzeugt und nachdrücklich Gegner von Benjamin Netanjahu sind, weil sie ihn für mitverantwortlich halten für diese Möglichkeit des Anschlages, dass Israel die Pflicht und das Recht hat, diese Bedrohung durch die Hamas abzustellen. Aber ich bin ganz beim amerikanischen Verteidigungsminister Austin, der jüngst in einer Rede vor dem Ronald Reagan Forum in Israel darauf hingewiesen hat, dass die Erfahrung der USA aus den Kriegen im Irak und Afghanistan wäre, dass man einen Krieg taktisch gewinnen könne, aber wenn man die Zivilbevölkerung dabei nicht schützt, strategisch verliert.

Und ich finde, dass Austin da sehr, sehr recht hat. Und das ist im Interesse Israels, diesen Krieg zu gewinnen, und zwar strategisch zu gewinnen. Dazu gehört es, dass es am Ende auch eine Lösung, eine politische Lösung, nicht mit der Hamas, aber für den Gazastreifen geben muss. Und eine solche politische Lösung ist nicht vorstellbar ohne eine aktive Beteiligung von Staaten in der Nachbarschaft, von den arabischen Staaten, die ja zum Teil auf den Weg sich gemacht haben, zu einem anderen Verhältnis zu Israel zu kommen. Und deswegen ist es im Interesse Israels, diesen Krieg so zu führen, dass diese Bereitschaft nicht schwindet. Und deswegen bedarf es mehr humanitärer Hilfe, mehr humanitärer Zugänge und es bedarf auch humanitärer Kampfpausen. Das hat die Bundesaußenministerin immer wieder sehr deutlich gemacht.

Geuther: Deutschland hat sich ja von Anfang an deutlicher als manche anderen Länder hinter Israel gestellt. Was kann denn die deutsche Rolle in dieser Situation sein?

Trittin: Ich glaube, aus dieser klaren Parteinahme gegen den Terror und für die Rechte der Bevölkerung Israels – übrigens 20 Prozent der Bürger Israels sind arabischer Herkunft. Es gibt eine hochinteressante Umfrage unter diesen Menschen. Im Juni waren noch 48 Prozent davon überzeugt, dass das ihr Staat sei. Nach dem Angriff der Hamas waren 70 Prozent dieser Menschen der Auffassung, dass Israel ihr Staat ist. Diesen Staat, diesen demokratischen jüdischen Staat mit einer Minderheit, diesen Staat zu verteidigen, ist eine richtige Parteinahme von uns. Es entbindet uns nicht aus der Verantwortung auch für das Schicksal der Palästinenserinnen und Palästinenser, also jener fünf, sechs Millionen, die in der Westbank und im Gaza leben. Und da sehen wir mit großer Sorge, dass in der Westbank sich die Gewalt, insbesondere gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser, nicht gegen die Hamas, sondern gegen alltägliche Bauern, gegen Familien, gegen Kinder steigert. Wir haben ja sehr viele Tote, auch straffreie Siedlergewalt. Ich finde es sehr, sehr nachdenkenswert, dass die Außenministerin, die da immer wieder hingewiesen hat, jetzt gesagt hat, solche Menschen, die für solche Verbrechen verantwortlich sind, die dürfen nicht mehr in die Europäische Union einreisen.

Geuther: Nicht in Bezug auf diesen konkreten Punkt oder nicht nur in Bezug auf diesen konkreten Punkt, sondern die gesamte Situation, was bedeutet in diesem Zusammenhang der Satz von der Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson, den Angela Merkel 2008 in der Knesset gesagt hat, also nicht Existenzrecht, Sicherheit?

Trittin: Ich finde, es ist sozusagen ... es ist ein anderer Begriff, aber Sicherheit ist tatsächlich der Kern, wenn es um das Existenzrecht an dieser Stelle geht. Ich glaube, dass wir ... ich selber bin immer ein bisschen skeptisch mit diesem Begriff der Staatsräson. Ich verwende lieber: Das ist unsere historische Verpflichtung, die

wir aus unserer eigenen Geschichte haben. Denn wenn wir in einen Zustand kommen, wo die Mehrheit der Bevölkerung das nur noch als eine staatliche Angelegenheit sieht, Israel zur Seite zu stehen, dann werden wir genau dieser historischen Verantwortung nicht gerecht. Und deswegen glaube ich dennoch, dass wir eine Verantwortung haben, die sich aus unserer Geschichte ergibt und diese Verantwortung beinhaltet das Existenzrecht des Staates Israel, aber sie beinhaltet auch eine Verantwortung dafür, zu einer politischen Lösung für diejenigen fünf Millionen zu kommen, die auch in diesem Gebiet leben. Keiner von diesen Menschen wird und soll dort verschwinden.

Geuther: Hinter diesem Krieg droht ein anderer Aufmerksamkeit zu verlieren. Glaubt man Wladimir Putin, dann sind deutlich mehr russische Soldaten auf ukrainischem Gebiet als ukrainische. Welche Gedanken machen Sie sich, wie das weitergehen kann?

Trittin: Ich glaube, dass da Europa sich ernsthaft Gedanken darüber machen ... wir haben in Deutschland so eine Diskussion gehabt, wo einige gesagt haben: Ja, warum sagen die nicht „Sieg“? Ich fand den Kanzler in dieser Frage immer realistisch. Wir haben dafür Sorge zu tragen, dass die Ukraine nicht von einem imperialistischen Russland überrannt wird. Das ist der Kern unseres eigenen Sicherheitsinteresses. Wenn das passiert, dann wird Putin das als Ermunterung finden, auch in anderen Bereichen dieses zu machen. Also müssen wir in unserem eigenen Interesse stoppen. Und dann sehe ich mit Sorge, dass im US-Kongress Hilfe für die Ukraine blockiert wird, weil man sich eine absurde Debatte um den Ausbau einer Mauer nach Mexiko meint leisten zu müssen. Und ich sehe mit Sorge, dass wir heute einen Zustand erreicht haben, dass all die Nationen, die am Anfang dieses Krieges Deutschland Zögerlichkeit und so vorgeworfen haben, aber wenn ich einen Strich drunter ziehe, wir sind ja nicht nur verglichen mit den USA der zweitstärkste Lieferant militärischer Mittel, von Waffen und Munition an die Ukraine. Deutschland gibt im nächsten Jahr mehr Geld zur Unterstützung der Ukraine aus als der Rest Europas plus unter Einschluss Großbritanniens zusammen. Und das ist offensichtlich etwas, was einen besorgen muss, denn es ist im Interesse Gesamteuropas, dass die Ukraine nicht überrannt wird und nachdem die Offensive nicht die Fortschritte gebracht hat, nachdem der Oberkommandierende der ukrainischen Armee gesagt hat, wir laufen in eine Situation des Stellungskrieges rein, kommt auf die Europäer die Herausforderung zu, in diesem Stellungskrieg tatsächlich die Ausdauer zu beweisen, die dafür nötig ist, damit die Ukraine nicht überrannt wird.

Geuther: An dieser deutschen Unterstützung sind die Grünen ja nicht unbeteiligt. Was Waffen, was Unterstützung für das Land betrifft stehen die Grünen wie fast keine andere Partei. Nun sind die Bündnis 90/Grünen schon längst keine Ökopaxe

mehr, spätestens seit dem Kosovo-Konflikt 1999. Trotzdem, wie weit hat dieses besonders deutliche Votum für das Militärische Ihre Partei noch mal verändert?

Trittin: Ich glaube, dass man bei dem Militärischen sich vor Leichtfertigkeit hüten muss. Waffen, Panzer sind nichts, was man verniedlichen darf. Ein Spruch wie „lass die Leos los“ verkennt, dass es sich beim Leopard-Panzer deshalb um eine überlegene Waffe handelt, weil er die effizientere Tötungsmaschine ist als ein T-62 oder ein anderer Panzer von der Seite. Aber indem ich das sage, sage ich, es ist leider notwendig, das zu liefern, damit der Krieg nicht in andere Regionen Europas getragen wird. Und die Beschreibung einer bitteren Notwendigkeit ist etwas anderes als das leichtfertige Bejubeln von militärischer Gewalt.

Geuther: Das ist keine Frage, aber trotzdem: Hat das noch mal die Grünen verändert? Als Robert Habeck einige Zeit vor dem russischen Angriff – muss man ja dazu sagen – für Waffenlieferungen an die Ukraine plädiert hat, da hat er noch recht breiten Protest in der Partei geerntet. Also, wirklich keine Veränderung noch mal bei den Grünen?

Trittin: Nein, ich glaube, wir haben ... wir Grünen haben, anders als CDU/CSU und SPD immer gesagt, Putin sei kein Faktor der Stabilität, weil er im Inneren unterdrückt, weil er über Krieg und über Ausnahmezustand an die Macht gekommen ist, und weil Krieg und Ausnahmezustand immer nach Eskalation rufen. Wir waren diejenigen, die am deutlichsten an der Seite der Ukraine vor zehn Jahren auf dem Maidan gestanden haben, weil sich die Ukraine für Europa und für die Demokratie entschieden hat. Aber wir haben auch nicht geglaubt, dass Putin einen imperialistischen Eroberungskrieg aus Angst vor der Demokratie anfängt. Er hat nicht von der NATO sich bedroht gefühlt. Er hat sich bedroht gefühlt von dem freien Willen der Menschen in der Ukraine, denn das hätte als freier Wille auch nach Russland überspringen können. Und dass wir diese Fehleinschätzung gehabt haben, was wir heute ... daraus haben wir eine Konsequenz gezogen. Wir haben zusammen mit der Union ein Sondervermögen aufgelegt, was nur einen Zweck hat, nämlich die Fähigkeit zur Bündnisverteidigung wieder herzustellen. Bis dahin waren ja alle Parteien in Deutschland mehr oder weniger gemeinsam der Auffassung, wir haben die Bundeswehr vor allen Dingen für internationale Missionen wie die in Mali, die dieser Tage geendet ist, für Blauhelmeinsätze wie im Südsudan oder vor der Küste des Libanon. Aber wir brauchen uns nicht mehr Gedanken über Landesverteidigung zu machen. Das müssen wir jetzt wieder und deswegen müssen diese Ausrüstungsdefizite behoben werden. Und das ist eine neue Haltung, die sich aus einer neuen Situation und aus der Erkenntnis einer Unterschätzung einer Gefahr ergeben hat.

Geuther: Das Interview der Woche mit Jürgen Trittin. Sie haben in Ihrer letzten Rede im Bundestag, ich hatte sie eingangs angesprochen, die deutsche Fähigkeit zum lagerübergreifenden Kompromiss gelobt. Warum ist Ihnen das gerade jetzt so wichtig?

Trittin: Hören Sie, ich bin einer derjenigen, der in diesem Lande mehrere Konsense aktiv betrieben hat. Wir waren in der Lage, einen Konsens nach Jahrzehnten erbitterten Streits um die Atomenergie zu finden. Wir haben sogar einen Konsens hinbekommen, dass man den Unternehmen so viel Geld wegnimmt, damit jetzt künftig der Atommüll vom Staat organisiert beseitigt werden kann. Deswegen habe ich gesagt, ja, es bedarf der politischen Auseinandersetzung, auch des Streits, auch des zugespitzten Streits, der Polemik.

Geuther: Was Sie auch durchaus können.

Trittin: Was wir auch können, wovon ich auch Opfer geworden bin. Das ist so. Aber am Ende muss man in solchen Fällen auch gemeinsam handeln können. Und es geht weiter. Anders als in Spanien beispielsweise, was ich gerade mit großer Sorge sehe, ist es in Deutschland möglich, zwischen Demokraten zur Rechten und Demokraten zur Linken nicht nur Kompromisse zu finden, sondern auch Koalitionen zu bilden. Das fällt nicht leicht. Glauben Sie, die FDP fühlt sich nicht immer wohl in der Ampel. Die CDU fühlt sich als Juniorpartner von Winfried Kretschmann nicht immer wohl. Die Grünen fühlen sich in Sachsen mit Herrn Kretschmer nicht wohl, aber wir machen das, weil die Alternative dazu ist, angesichts einer Stärke von 10 bis 20 Prozent einer faschistischen Partei wie der AfD, dass Antidemokraten an der Macht beteiligt werden oder Macht, Regierung sich davon abhängig machen. Und das beobachte ich in Skandinavien mit großer Sorge. Ich beobachte das in den spanischen Provinzen mit großer Sorge und deswegen war es mir wichtig, diesen Konsens, der dieses Land bisher getragen hat, gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, noch einmal zu betonen.

Geuther: Und die Zahlen sind aber so, wie sie sind. Im kommenden Jahr wird in drei ostdeutschen Bundesländern gewählt. Zum Teil werden da sehr breite Bündnisse nötig sein, wenn man die AfD nicht an der Regierung beteiligen will. Wollen Sie da schon vorbauen?

Trittin: Ich beschreibe ja erst mal jetzt die jetzige Lage und ich sehe mit großer Sorge, was beispielsweise gerade in Thüringen passiert. Da passiert jetzt das zweite Mal, dass CDU und FDP unter dem Vorwand, sie seien gegen Windkraft in den von der Klimakrise zerstörten Thüringer Wäldern, das ist doch besonders bizarr, erneut mit der Partei eines Herrn Höcke zusammenarbeiten, die nach Auffassung des Verfassungsschutzes gesichert rechtsextremistisch ist. Und diese Habsburger Front gegen Windenergie, die sich da gebildet hat, das verletzt genau diesen Grundkonsens.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Geuther: Herr Trittin, Sie kommen selbst von weit links. Sie standen, wie viele andere in Ihrer studentischen Jugend, diesem Staat, sagen wir mal, zweifelnd gegenüber. Gab es da einen Kipppunkt?

Trittin: Der entscheidende Punkt für uns war doch, als wir Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre die Grünen gegründet haben. Wir wollten die Parlamente verändern. Das haben wir auch geschafft, wenn Sie bestimmte Reden, und wenn Sie bestimmte Dinge sehen. Aber wir sind darüber auch verändert worden. Wir haben uns also auf das parlamentarische System eingelassen – absichtlich und willentlich, vorsätzlich – weil wir der Auffassung waren, nur auf der Basis von Bewegung werden wir unsere politischen Ziele nicht erreichen. Wir haben sie erreicht, indem wir in die Parlamente gegangen sind. Wir haben sie erreicht, indem wir dort für Mehrheiten gesorgt haben und indem wir uns, was in diesem System notwendig ist, auch und gerade an Regierungen beteiligt haben. Ja, ich habe mich verändert, aber wir haben uns das damals als Grüne selber so vorgenommen.

Geuther: Und Sie sind ein – ich sage mal – Political Animal. Sie sind jemand, der Jahrzehnte lang für die und in der Politik gelebt hat. Wie lange werden Sie das aushalten, wie Sie das kürzlich in einem Interview angekündigt haben, zu reisen und Musik zu hören?

Trittin: Das werde ich mal sehen. Ich muss ja erst mal sehen, wie sich das anfühlt, wenn man 40 Jahre im parlamentarischen Betrieb fast gewesen ist, 25 Jahre im Bundestag, Regierung und Opposition kennengelernt hat, also Politik zum Beruf gemacht hat, wie das erst mal ist, berufslos zu sein. Das wird ja nicht sein, dass ich deswegen unpolitisch werde, aber das Gefühl erst mal ohne Beruf dazustehen, das will ich erst mal auf mich wirken lassen. Wie lange und wie gut das wird, das wissen wir nicht. Ich bin da ganz gespannt drauf, aber ich bin ganz zuversichtlich.

Geuther: Wir werden es sehen. Herr Trittin, vielen Dank für das Gespräch.

Trittin: Ich danke Ihnen.